

Donnerstag, 5. November 2020

Presseinformation

Thema:

Wohnen in Bruck an der Mur



Keine „Abzocke“ bei Wohnungen

Finanzstadtrat Werner Anzenberger und Wohnungsreferentin Nicole Midl weisen den Vorwurf zurück, wonach Brucker Genossenschaftswohnungen überteuert in das Eigentum der bisherigen Mieter oder Interessenten übergeführt werden.

Unlängst wurde von einem Brucker-Gemeinderatsmitglied der Vorwurf erhoben, dass Brucker Genossenschaftswohnungen überteuert in das Eigentum der bisherigen Mieter oder Interessenten übergeführt werden. Der Brucker Finanzstadtrat **Werner Anzenberger** und die neue Wohnungsreferentin **Nicole Midl** haben sich der Sache angenommen und genauer unter die Lupe genommen. *„Man muss sich der Wirklichkeit doch objektiver nähern. Ganz offensichtlich prügelt man hier den falschen Sack“*, so Anzenberger.

Tatsache ist, dass 2019 das Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz entscheidend geändert wurde. Für die Überführung ins Eigentum wurden neue Regelungen geschaffen. Allerdings, so Anzenberger, sei die Gesetzeslage höchst unklar formuliert. *„Im Wesentlichen ist nun ein Mischwert aus Substanzwert und Verkehrswert unter Berücksichtigung von Wertminderung und Wertsicherung zu ermitteln. Wie das genau gehen soll, weiß keiner so recht“*, meint Anzenberger.

Die Genossenschaften, wie in diesem Fall die gemeinnützige Brucker Wohnbau Genossenschaft, legt die Preise so fest, dass sie keine Gewinne, aber auch keine Verluste schreibt. Mit der früheren Regelung war die Genossenschaft glücklicher: Man verrechnete den Buchwert zuzüglich des offenen Annuitätenzuschusses. Kleinere Gewinne sind nur dann vorgesehen, wenn Leerstände bereinigt werden. Diese decken Verluste in anderen Bereichen ab. *„Das ist durchaus nachvollziehbar“*, meint Anzenberger. Die Gemeinnützigkeit werde dadurch nicht gefährdet.

Dennoch sehen Anzenberger und Midl Handlungsbedarf: *„Fakt ist: leistbares Wohnen sieht anders aus!“* Das neue Gemeinnützigkeitsgesetz 2019 verschärfe die soziale Schieflage. Es wurde pikanterweise mit den Stimmen der Neos, nicht aber mit jenen der Sozialdemokratie beschlossen. Letztere will Wohnungen grundsätzlich im Eigentum der Genossenschaften halten und zu sozialgerechten Mieten weitergeben.

„Im Sinne der neuen konstruktiven Zusammenarbeit in Bruck“, resümieren Anzenberger und Midl, *„sollten Gemeinderäte sich zuerst bei den eigenen Mutterparteien für eine gerechte Politik einsetzen, bevor sie – offenbar nicht ausreichend informiert – in die Öffentlichkeit gehen.“*